

Weitere Verteuerung

Wirtschaftspolitik: Emissionshandel bringt 13,2 Milliarden Euro für Klimafonds / EU-Ausweitung auf alle Bereiche geplant

MARC SCHMIDT

Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) verbuchte voriges Jahr Rekordannahmen: 13,2 Milliarden Euro aus der „CO₂-Bepreisung“ flossen dem bundeseigenen „Sondervermögen“ zu – 6,8 Milliarden Euro flossen aus dem 2005 gestarteten EU-Emissionshandel (EU-ETS) und 6,4 Milliarden Euro dank des schwarz-rot-grünen Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG). 2021 brachten EU-ETS und BEHG lediglich 12,5 Milliarden Euro ein. Zusätzlich leitete das Ampelkabinett im Dezember 2021 unglückliche 60 Milliarden Euro aus dem zweiten Corona-Nachtragshaushalt in den KTF um: Als „Booster“ für die Wirtschaft und als „kraftvoller Aufbruch in eine klimaneutrale und digitale Zukunft Deutschlands“, wie Finanzminister Christian Lindner (FDP) befand.

Der vorweihnachtliche Milliardentransfer konnte von der Unionsfraktion nicht skandalisiert werden: Die große Koalition hatte 2020 immerhin 26,2 Milliarden Euro aus der Pandemiebekämpfung in den damals noch Energie- und Klimafonds (EK) genannten Schattenetat abgeleitet. Der EK ist – wie auch die zusätzliche Ticketsteuer (Luftverkehrabgabe) – eine schwarz-gelbe Erfindung von 2010, mit der Zusatzgaben „zur Förderung einer umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung“ sowie „internationaler Klima- und Umweltschutz“ finanziert werden sollten. Milliarden schwere „Sondervermögen“ sind

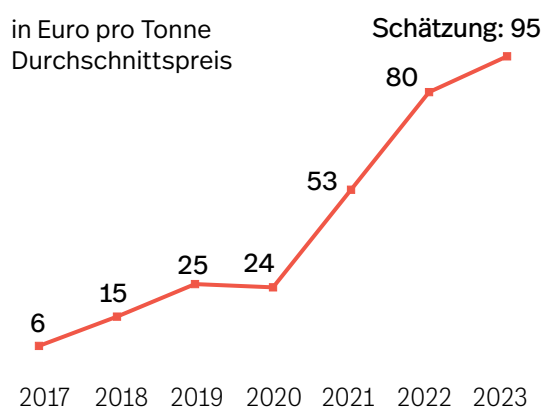
also nicht erst seit Sars-Cov-2 gang und gäbe. Im Rahmen des EU-ETS werden Kohle- und Gaskraftwerke, Industrieanlagen und der innereuropäische Luftverkehr dazu gezwungen, für jede Tonne ihres errechneten CO₂-Ausstoßs Emissionszertifikate aus einer künstlich verknappten Menge zu kaufen. Deutschland erhält gemäß seiner CO₂-Menge einen Anteil an den ETS-Einnahmen für seinen KTF. Und wer bezahlt dafür? Die Stromkunden, Wirtschaft und Konsumenten sowie die Flugpassagiere – jedoch ohne eine genaue Preisangabe. Denn auf der Stromrechnung ist nur der Posten „Beschaffung, Vertrieb“ zu finden: 2017 waren das laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) im Schnitt 5,71 Cent pro Kilowattstunde (kWh). 23,57 Cent (80 Prozent von 29,28 Cent Gesamtpreis) waren die diversen deutschen Abgaben, Steuern und Umlagen.

„Historischer Durchbruch für den Klimaschutz – trotz aller Krisen“

Die damaligen ETS-Kosten von fünf Euro pro Tonne CO₂ erhöhten den Braunkohlenstrompreis um etwa 0,6 Cent/kWh. 2022 kletterte der Strompreis auf 40,07 Cent – 20,64 Cent davon entfielen auf „Beschaffung, Vertrieb“. Wegen der auf 80 Euro pro Tonne CO₂ erhöhten ETS-Kosten verteuerte sich heimischer Braunkohlenstrom um 9,4 Cent – völlig unabhängig vom Ukraine-Krieg. Der verteuerte nur Gas, Steinkohle und Öl. Die deutschen Abgaben, Steuern und Umlagen summierten sich 2022 auf 19,43 Cent (48 Prozent) – das waren 4,27 Cent weniger als 2017. Vor allem weil die EEG-Umlage für Ökostromerzeuger (2017: 6,88 Cent) seit Juli 2022 indirekt via BEHG und Bundeshaushalt finanziert wird.

Das 2019 ohne Brüsseler Zwang eingeführte „nationale Emissionshandelssystem“ (nEHS) im Rahmen des BEHG kassiert nicht beim Anlagenbetreiber, sondern bei den Tankstellen und den Gaslieferanten ab. Diese reichen die BEHG-Kosten (2023: 30 Euro pro Tonne CO₂) an die Verbraucher weiter. Das verteuert Benzin um 8,4 Cent pro Liter. Diesel und Heizöl werden so um 9,5 Cent teurer – egal, welchen Preis die Ölscheichs, Kasachstan, die USA, Großbritannien oder Norwegen aktuell verlangen. Die 0,55 Cent BEHG-Kosten pro kWh Erdgas sind angesichts eines Durchschnittspreises von 20 Cent (2022) inzwischen nur „Peanuts“.

CO₂-Emissionsrechte (EU-ETS)



GRANIK QUELLE: EEX



Arbeiter im Bremer Arcelor-Stahlwerk: Produktionsverlagerung in Regionen ohne CO₂-Preis?

Doch 2017 kostete Erdgas nur 5,73 Cent pro kWh. Und 2024 steigen die BEHG-Kosten auf 35 und 2025 auf 45 Euro pro Tonne CO₂. Ist danach endlich mit einer Atempause zu rechnen? Nein, die BEHG-Kosten sollen ab 2026 sogar EU-weit erhoben werden – das deutsche nEHS wird praktisch zum „ETS 2+“. Zusätzlich sollen dann auch kleinere Betriebe, das Handwerk, die Schifffahrt und die Müllverbrennung schrittweise dem ETS-Zwang unterliegen. Das beschlossen vor Weihnachten Vertreter von EU-Parlament und der 27 Mitgliedsstaaten – eine logische Konsequenz des 2021 präsentierten „Fit for 55“-Klimaplan der EU-Kommission. Damit soll der Ausstoß von „Treibhausgasen“ bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Ausstoß von 1990 reduziert werden.

Dies sei „das größte Klimaschutzgesetz aller Zeiten“, jubelte der 57-jährige Peter Liese (CDU), seit 28 Jahren ununterbrochen Abgeordneter im EU-Parlament. Robert Habeck sah einen „historischen Durchbruch für den Klimaschutz“. Die EU gehe damit voran und bewiese „Entschlossenheit – allen Krisen zum Trotz“, so der grüne Wirt-

schaftsminister. Die ärmeren EU-Länder stimmten der weiteren Energieverteuerung ebenfalls zu: Sie wurden mit einem „Klima-Sozialfonds“ von 86,7 Milliarden Euro, kostenlosen ETS-Zertifikaten für die Chemie-, Keramik-, Papier- und Glasbranche und einigen Ausnahmen „überzeugt“. Und durch den Umstieg von Kohle- auf Atomkraft sollen die Strompreise nicht ins Unermessliche steigen.

Die ETS-bedingte Abwanderung von Aluminium-, Dünger-, Kupfer-, Stahl- und Zementherstellern sowie ähnlich energieintensiver Branchen und den Import solcher Güter soll ein „CO₂-Zoll“ (Carbon Border Adjustment Mechanism/CBAM) verhindern. Doch dies verstößt potentiell gegen internationales Recht und die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). China, Indien, die Türkei und vor allem die USA werden solche EU-Klima-Strafzölle sicher nicht hinnehmen – Gegenzölle für europäische Exporte wären unausweichlich.

Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHST):
► www.dehst.de
► www.tech-for-future.de/kosten-kwh

Das Überleben in einer grünen Kriegswirtschaft

Wirtschaftsliteratur: Sind kapitalistisches Wachstum und Klimaschutz unvereinbar? Staatliche Rahmensetzung statt Kommandowirtschaft

DIRK MEYER

Ulrike Herrmanns neuestes Buch benennt den Kapitalismus und eine immanente auf Wachstum angelegte Wirtschaftsweise als ursächlich für eine drohende globale Klimakatastrophe. Bereits der Untertitel „Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden“ weist den Gang ihrer Analyse: Eine auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsordnung stößt mit ihrem Verbrauch von Umweltressourcen an Grenzen. Deshalb könne die Klimawende auch nicht über weiteres Wachstum vollbracht werden.

Vielmehr sei Verzicht angesagt: Von allem generell weniger und dies zum Teil anders – Verbot von Flügen, Zuteilung von Wohnraum, limitierter Fleischkonsum oder das Geschäftsmodell der „Sharing Economy“. Die britische Kriegswirtschaft ab 1939 sieht Herrmann als Vorbild für eine „Überlebenswirtschaft“, denn: „Fast über Nacht entstand eine Planwirtschaft, die bemerkenswert gut funktionierte. Die Fabriken blieben in privater Hand, aber der Staat steuerte die Produktion – und organisierte die Verteilung der knappen Güter. Es wurde rationiert, aber es gab keinen Mangel.“

Sinkendes Konsumniveau, kommende Verteilungskämpfe

Die studierte Historikerin und langjährige taz-Wirtschaftsredakteurin mit abgeschlossener Lehre als Bankkauffrau schreibt überaus engagiert und kenntnisreich in geschichtlichen und technischen Detailfragen. Allerdings stellen zwei grundlegende Kritikpunkte ihre – auch medial hochgelobten – Thesen in Frage. Ein erster Einspruch betrifft die Notwendigkeit eines Verzichts zur „Klimaretung“, der automatisch mit einer Schrumpfung der Wirtschaft und einem Abbau von Arbeitsplätzen einhergehen würde. Damit stellt sich Herrmann, die ihre Mitgliedschaft bei den Grünen nach öffentlicher Kritik aus Gründen der redaktionellen Unabhängigkeit ruhen lässt, gegen die Prognose dieser Partei, daß die „Klimawende“ durchaus mit einer prosperierenden Wirtschaft zu verbinden sei.

Richtig dürfte ihr Hinweis auf ein absinkendes Konsumniveau sein, denn der Klimaschutz macht Reparatur- und Vorsorgeleistungen sowie Doppelstrukturen (Dunkelflaute) notwendig. Die hierfür eingesetzten Produktionsmöglichkeiten müssen

anderen Verwendungen entzogen werden. Dieser „Klimaabschlag“ wird unseren Lebensstandard einschränken, ihn zumindest verändern. Ähnlich der Inflation gibt es jetzt einen Kaufkraftverlust durch Klimaschutz. Allerdings kommen CO₂-Vermeidungstechnologien hinzu, wie eine Stromproduktion durch Solar- und grüne Wasserstofftechnologien, Gebäudesanierungen und neue Mobilitäten.

Diese fließen als Wertschöpfung in das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein und schaffen neue Arbeitsplätze. Wachstum ist deshalb nicht nur möglich, sondern sogar hoch erwünscht, damit die Verzichtskosten niedrig bleiben und Verteilungskämpfe ausbleiben, deren Problem auch Herrmann sieht. Zudem sind Krisen bzw. geänderte Knappheiten der Motor für technischen Fortschritt. Es locken hohe Gewinne für diejenigen Unternehmen, die tragfähige Lösungen entwickeln. So hat laut Umweltbundesamt infolge steigender Energiepreise die Energieintensität gemessen am Wert der erzeugten Güter in Deutschland zwischen 1990 und 2020 um 54 Prozent abgenommen. Ähnliche Entwicklungen lassen CO₂-Einsparungen erwarten.

Der zweite Einwand richtet sich gegen den Wechsel von einer Markt- und Preissteuerung hin zu einer „Überlebenswirtschaft“ als planwirtschaftliche Kommandowirtschaft nach dem Vorbild der britischen Kriegswirtschaft zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Staatliche Anordnung und Zuteilung ersetzte hier die dezentrale Steuerung der Marktteilnehmer über Preise. Während die Verfügungsgewalt über den Produktionsmitteleinsatz auf den Staat übergehen würde, sollen die Unternehmen weiterhin in privater Hand bleiben. Doch wer trägt das Risiko, wer haftet für Verluste bei staatlicher Anordnung – spricht des Bundeswirtschaftsministeriums unter der Leitung von Robert Habeck?

Zwei wesentliche Rahmenbedingungen unterscheiden eine durchaus zielführende staatliche Kriegswirtschaft von einer zentralistischen „Überlebenswirtschaft“. Zum einen ist die Konzentration

der Kräfte für eine Kriegsführung zeitlich begrenzt. Zum anderen geht es hier vornehmlich um die Produktion von Militärgütern weitgehend vorhandener Typen sowie um die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern, insbesondere Nahrungsmitteln.

Demgegenüber setzt die Lösung der Klimakrise einen Strukturwandel voraus. Gefragt sind neue Technologien zur Einsparung von klimaschädlichen Gasen in der Erzeugung von Strom und Wärme, neuartige Baustoffe und generell klimafreundlichere Produktionstechnologien. Erfahrungen der ehemaligen Sowjetunion wie auch Chinas und Nordkoreas zeigen zwar, daß zentralistische Systeme durch eine Konzentration der Kräfte auf eng begrenzten Spezialgebieten in der Lage sind, hohe technologische Leistungen zu vollbringen. In der Breite ist jedoch eine marktwirtschaftliche Steuerung weit überlegen, innovative Lösungen zu entwickeln.

Marktwirtschaftliches Preissystem auch für die Umweltressourcen

Nicht die „Anmaßung von Wissen“ (Friedrich August von Hayek) staatlicher Lenker, sondern die Technologieoffenheit und die „Weisheit der Vielen“ (James Surowiecki: The Wisdom of Crowds, 2004) ermöglicht eine Vielfalt effektiver und effizienter Lösungen. Herrmanns Detailwissen hinsichtlich (derzeit) nicht zielführender Technologien begründet möglicherweise ihren Technologiepessimismus und verstellt den Blick auf den derzeitigen Stand der Technik bzw. des technischen Wissens.

Wesentlich wäre jedoch, daß der Staat seine Aufgabe wahrnimmt, entsprechend technologieoffene Rahmenbedingungen zu schaffen – Verzicht auf diskriminierende Vorgaben und Förderungen; stattdessen ein Preissystem auch für Umweltressourcen, das möglichst weltweit alle Nutzer einbezieht; finanzielle Ausgleich für Entwicklungsländer eingeschlossen. Das hochgradig ineffiziente und ineffektive deutsche und zum Teil parallele europäische System der CO₂-Politik bietet leider kein Vorbild. Dieser Punkt bleibt ebenfalls unbehandelt, wie die durchaus kritisch-weiterführende Fragestellung, inwieweit unser auf Mehrheitsentscheid beruhendes demokratisches System eigentlich für Zukunftsprobleme geeignet ist. Möglicherweise verhindert die „Position der Mitte“ die rechtzeitige Berücksichtigung von eigentlich als sicher geltenden Problemen der Zukunft. Klima, Demographie und Infrastrukturrückstand seien als Beispiele genannt.

Zinserhöhungen: Neue Gefahr für die Eurozone?

KÖLN. Der frühere Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, sieht angesichts der Zinserhöhungen Gefahren für die Eurozone. „Im neuen Jahr muß der italienische Staat nicht nur die erwartete Neuverschuldung von rund 95 Milliarden Euro, sondern auch fällig werdende Staatsmittel von 367 Milliarden Euro finanzieren“, erklärte der Leiter des Flossbach von Storch Research Institute in der *Welt am Sonntag*. Da die EZB ihre Staatsanleihen-Bestände reduzieren wolle, müßten Käufer für 480 Milliarden Euro Staatsschulden gefunden werden: „Dafür könnte es deutlich höhere Zinsen brauchen“, so Mayer. „Dem italienischen Staat und mit ihm den Banken könnte wie schon einmal 2011/12 die Zahlungsunfähigkeit drohen.“ Da dies aber die Eurozone sprengen würde, müßte die EZB wieder Staatspapiere kaufen, oder „es würden neue europäische Schuldentöpfe aufgemacht, um die Verbindlichkeiten der überschuldeten Eurostaaten zu vergemeinschaften“, prognostizierte der 69-jährige Ökonom. Auch in den USA drohten Schiefereien: Dort hätten Investmentfonds „bankenähnliche Geschäfte von der Immobilienfinanzierung bis zur Kreditvergabe an riskante Unternehmen übernommen“. (fis) ► flossbachvonstorch-researchinstitute.com

LNG-Preis hat sich auf das Drei- bis Fünffache erhöht

ROSTOCK. Der Kreuzfahrkonzern Costa Crociere hat mitgeteilt, daß seine Schiffe „Aidanova“ und „Aidacosma“ nicht mehr mit Flüssigerdgas (LNG), sondern aus Kostengründen mit Marinedieselöl (MDO) betrieben werden. „Die Preissteigerungen waren erheblich, um nicht zu sagen, explosionsartig“, erklärte Aida-Sprecher Hansjörg Kunze. Der LNG-Preis habe sich auf das Drei- bis Fünffache erhöht. „Wir werden aber zum LNG-Betrieb zurückkehren, wenn das möglich sein wird.“ Die 2018 in Dienst gestellte „Aidanova“ war das weltweit erste Kreuzfahrtschiff, das allein mit LNG betrieben wurde. Auch die italienischen Schwertschiffe „Costa Toscana“ und „Costa Smeralda“ würden auf MDO umgestellt. (fis) ► www.aida.de

Zahl der Woche

Von 10,1 auf 9,2 Prozent ist die Inflation im Euroraum im Dezember gesunken. Im Dezember 2021 lag der harmonisierte EU-Verbraucherpreisindex (HVP) nur bei 5,0 Prozent. Preistreiber waren Energie (+25,7 Prozent) und Lebensmittel (+13,8 Prozent). Die höchste Geldentwertung hatten Lettland (20,7 Prozent) und Litauen (20,0). Am niedrigsten war der Kaufkraftverlust in Spanien (5,6), Luxemburg (6,2) und Frankreich (6,7). Deutschland (9,6) und Österreich (10,5) lagen im oberen Mittelfeld.

Quelle: Eurostat

ANZEIGE

Unser Land, unsere Heimat.



Zur Mitarbeit in unserer Mannschaft suchen wir in Voll- und Teilzeit

Fachreferenten (m/w/d) für verschiedene Aufgabenbereiche

Ihre Aufgaben

- Qualifizierte Erstellung parlamentarischer Initiativen, insbesondere Unterstützung bei Gesetzesänderungen in den Aufgabenbereichen Staatshaushalt und Finanzfragen, Soziales, Gesundheit und Pflege sowie Europaangelegenheiten und Petitionen
- Organisation und Betreuung von Arbeitskreistagungen
- eigenverantwortliche Recherchen und Datenanalysen
- Erarbeitung politischer Positionspapiere und Gesetzesänderungsanträge

Ihr Profil

- Abschluss einer Ausbildung oder akademischer Abschluss, gerne Master oder Diplom
- Kenntnisse im Sozial-, Medizin- und Krankenhausrecht, Kenntnisse des Gesundheitswesens, Sozialwesens, Wirtschaftskontextes und politisches Interesse
- rasche Auffassungsgabe, analytisches Denkvermögen, sicheres sprachliches Ausdrucksvermögen in Wort und Schrift
- eigenverantwortliche, selbstständige, akkurate und effiziente Arbeitsweise
- gute Kenntnisse in der Anwendung der MS-Office-Programme
- Vertrauenswürdigkeit, Loyalität und Diskretion

Bewerbung

Wir freuen uns über Ihre Bewerbung an verwaltung@afd-landtag.bayern mit Ihrem aussagekräftigen Lebenslauf, Anschreiben und Ihren Gehaltsvorstellungen.